

DIE FRAGE DER WOCHE Soll die Hygiene-Ampel für die Gastronomie kommen? 1352 27.5, M1



Von Sabine Dittmar, verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

JA

Als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion begrüße ich die Entscheidung der Verbraucherministerkonferenz zur Einführung einer Hygiene-Ampel. Dies ist ein großer Schritt nach vorne und ein Meilenstein für den Verbraucherschutz. Gütesiegel für kontrollierte Lebensmittelhygiene haben zum Beispiel in Dänemark (Smiley), aber auch in deutschen Städten und Landkreisen (Modellprojekte) zu einer deutlichen Verringerung der Beanstandungsquote geführt. Mangelhaft arbeitende Betriebe werden durch Negativwerbung sanktioniert, Betriebe mit hohem Qualitätsstandard wiederum können das Gütesiegel zur Werbung einsetzen.

Mit der Hygiene-Ampel soll Gammel-Wirten „Rot“ gezeigt werden. Wobei es nicht um Stigmatisierung gehen soll – man will vielmehr einen Anreiz für Betriebe schaffen, gewisse Hygiene- und Qualitäts-

standards zu erfüllen. Richtig ist auch die Forderung des Hotel- und Gaststättenverbandes, die Voraussetzungen für eine Konzession zu überprüfen und die Ausbildung zu verbessern.

Doch man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Um eine gleichmäßige Kontrolldichte im Interesse der Wirte und der Verbraucher zu erreichen, bedarf es allerdings einer deutlichen Personalaufstockung bei den Lebensmittelkontrollen.

Enttäuscht bin ich über das Abstimmungsverhalten des Freistaates Bayern, das als einziges Bundesland die Hygiene-Ampel abgelehnt hat. Nach der Diskussion eines SPD-Antrags im Gesundheitsausschuss des Landtags war dies auch nicht anders zu erwarten. Die Staatsregierung hat sich wieder einmal als Bremser erwiesen.

Doch glücklicherweise stand Verbraucherministerin Merk allein auf weiter Flur! Das arg strapazierte Motto „Bayern vorne“ spielt beim Verbraucherschutz in Bayern keine Rolle. Geht es nach dem Willen der Staatsregierung, werden die Verbraucher auch weiterhin nicht vor Schmutzrestaurants geschützt. Der Bundesgesetzgeber ist nun gefordert, ein praxistaugliches Gesetz vorzulegen.



Von Melanie Huml (CSU), Staatssekretärin im bayerischen Gesundheitsministerium

NEIN

Der Einführung einer Hygiene-Ampel stehen wir sehr skeptisch gegenüber. Das vorgeschlagene Konzept garantiert keine ausreichende Transparenz. Zudem würde der Vorschlag zu Vollzugsproblemen in der Praxis führen. Bayern hat deshalb auf der jüngsten Verbraucherschutzministerkonferenz gegen eine Einführung der Hygiene-Ampel in der vorgeschlagenen Form gestimmt. Nun ist es Aufgabe des Bundesverbraucherschutzministeriums, in Abstimmung mit den Ländern einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Bayern ist nicht grundsätzlich dagegen, die Transparenz für den Verbraucher zu erhöhen. Es sollte jedoch klar und eindeutig für Verbraucher und Unternehmer sein. Auch die Lebensmittelkontrollen in der bisher bewährten Form dürfen durch das neue System nicht vernachlässigt werden. Es reicht nicht aus, die Mängel anzuzeigen – sie müssen auch behoben werden. Die vorge-

schlagene Kennzeichnung an der Gaststättentür wäre nur eine Momentaufnahme. Würde eine rote Ampel an der Türe angebracht, müsste der Betrieb ohnehin geschlossen werden. Mängel bei der Sauberkeit müssen stets umgehend behoben werden.

Die Hygiene-Ampel wird in der Praxis zu mehr Bürokratie führen und benachteiligt damit die mittelständischen Strukturen in Bayern. Der Verwaltungsaufwand steigt – der Verbraucher bekommt trotzdem nicht die Information, die er braucht. Zudem sind zahlreiche Klagen gegen die Einstufung zu erwarten, weil einige Rechtsfragen bislang ungelöst sind. Die bayerischen Behörden kontrollieren risikoorientiert: Sie gehen häufiger in die Betriebe, in denen empfindliche Produkte verarbeitet werden. In Bayern kontrolliert zusätzlich zu den örtlichen Behörden auch die „Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit“ des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit die Gastronomie. Sie wurde 2006 eingerichtet und deckt regelmäßig Mängel in Betrieben auf. Die Einheit, die unter anderem aus Lebensmittelchemikern, Juristen und Tierärzten besteht, wird aufgrund eigener Erkenntnisse aktiv. 2011 liegt der Schwerpunkt auf Kontrollen der Gastronomie.